



Presseschau vom 18.01.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: **Nord Stream: Schweizer Gericht hebt Sicherungsmaßnahmen von Gazprom-Aktien auf**

Ein Gericht im Kanton Zug in der Schweiz hat am 16. Januar den Beschluss gefasst, seine Anordnung vollständig aufzuheben, die am 29. Mai 2018 zur Verhängung von Sicherungsmaßnahmen für Gazprom-Aktien in der Nord Stream AG und Nord Stream 2 AG sowie für die Rechte von Gazprom auf Forderungen gegenüber diesen Unternehmen verabschiedet wurde.

Einer Mitteilung des russischen Unternehmens zufolge wird Gazprom „seine Rechte weiterhin in Übereinstimmung mit der gültigen Gesetzgebung verteidigen“.

Am 28. Februar 2018 hatte ein Stockholmer Schiedsgericht eine endgültige Entscheidung im Streit zwischen Gazprom und Naftogaz Ukraine im Rahmen des Vertrages über den Gastransit durch das ukrainische Territorium getroffen.

„Im Zusammenhang mit bedeutenden Prozessverstößen, die von den Richtern des Schiedsgerichts zugelassen wurden, wandte sich Gazprom am 29. Mai 2018 an das Berufungsgericht des Kreises Svea (Schweden) mit einer Erklärung über die Anfechtung der endgültigen Entscheidung vom 28. Februar 2018 und ihre teilweise Aufhebung. Am 28. Mai 2018 reichte Gazprom eine Klage vor Gericht hinsichtlich der vollständigen Aufhebung der Schiedsgerichtsentscheidung ein“, erinnert Gazprom.

Auf Antrag von Naftogaz Ukraine, das versucht hat, den Beschluss des Stockholmer

Schiedsgerichts vom 28. Februar 2018 zwangsmäßig auszuführen, hat das Gericht des Kantons Zug den Beschluss gefasst, in der Schweiz Sicherungsmaßnahmen für Gazprom-Aktiva in den Unternehmen Nord Stream AG und Nord Stream 2 AG zu verhängen. Infolge der Ausführung des Beschlusses des Gerichts des Kantons Zug waren Sicherungsmaßnahmen nur gegen die Forderungsrechte von Gazprom an Nord Stream AG und Nord Stream 2 AG verhängt worden.

ukrinform.ua: **"Ukrainischer Änderungsantrag" in Polen für verfassungswidrig anerkannt**

Der Verfassungsgerichtshof Polens hat die vom polnischen Parlament verabschiedeten Änderungen am Gesetz über das Institut für Nationales Gedächtnis der Republik Polen (INP), die die Bestimmungen über "ukrainische Nationalisten" und "Östliches Klempolen" betreffen, für solche anerkannt, die der Verfassung des Landes zuwiderlaufen.

Dies teilte der eigene Ukrinform-Korrespondent mit.

Präsident Petro Poroschenko begrüßte den Beschluss des Verfassungsgerichtshofs Polens über die Änderungen am Gesetz über das Institut für Nationales Gedächtnis der Republik Polen. Er dankte auf Twitter dem Staatspräsidenten Andrzej Duda für seine Initiative bezüglich der Änderungen am Gesetz.

de.sputniknews.com: **Lettland: Massenschlägereien zwischen russischen und lettischen Schülern gemeldet**

Die lettische Polizei soll mehrere Massenschlägereien zwischen Schülern von lettischen und russischen Schulen der Stadt Liepaja unterbunden haben. Hintergrund war offenbar „Schüren von nationalem Zwist“. Dies meldet die Nachrichtenseite „Delfi“.

In der Nähe einer Schule konnte die Polizei demnach eine Massenschlägerei zwischen russischen und lettischen Schülern verhindern. Nach unbestätigten Informationen haben sich die Teenager am Ende an einem anderen Ort geprügelt. Mehrere von ihnen sollen Verletzungen erlitten haben.

Der Konflikt nimmt gefährliche Formen an: In den sozialen Netzwerken erstellen Schüler laut „Delfi“ Gruppen, in denen zu Gewalt aufgerufen wird.

Laut der Polizei nehmen an solchen Auseinandersetzungen sowohl Jungen als auch Mädchen teil. Die Eltern und Lehrer seien bereits informiert worden. Ein Strafverfahren sei eingeleitet worden.

Der lettische Präsident Raimonds Vējonis hatte 2018 ein Gesetz unterzeichnet, das in den Schulen für nationale Minderheiten die Verwendung der Muttersprache sehr strikt begrenzt. Laut dem Gesetz muss die Vorschulausbildung bilingual werden. Vom ersten bis zum sechsten Schuljahr bleibt die Möglichkeit einer zweisprachigen Ausbildung. Bis zur neunten Klasse müssen auf Lettisch 80 Prozent der Fächer, vom zehnten bis zum zwölften Schuljahr bereits alle unterrichtet werden.

Das Gesetz widerspricht der Resolution zum Schutz der Sprachen nationaler Minderheiten in Europa, die die Parlamentsversammlung des Europa-Rats im Januar verabschiedet hat. Laut Pace sollen die Minderheiten die Möglichkeit haben, während der gesamten Lern- und Ausbildungsperiode – vom Kindergarten bis zur Hochschule – in ihrer Muttersprache zu lernen.

wpered.su: **In Berlin fand eine Kundgebung gegen den Krieg im Donbass statt**

Am 14. Januar fand am Brandenburger Tor in Berlin eine Kundgebung gegen den Krieg im Donbass statt. An ihr nahmen eine Reihe von Antikriegs- und Rechtsschutzorganisationen teil, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Vertreter der Organisationen haben mehrfach den Donbass in humanitärer Mission besucht.

Während einer Lieferung von Hilfe nach Gorlowka wurde ein Film gedreht, der während der Kundgebung gezeigt wurde.

ukrinform.ua: **Russische Moderatorin und Politikerin Xenia Sobtschak (Kandidatin der vergangenen Präsidentschaftswahlen in Russland – Anm. d. Übers.) besucht Kiew**

Die russische TV-Moderatorin und Politikerin Xenia Sobtschak ist am Mittwochabend in Kiew angekommen.

Das bestätigte der Berater des Chefs des ukrainischen Grenzschutzdienstes, Oleg Slobodjan, gegenüber der Nachrichtenagentur Ukrinform. Sobtschak habe die Grenze am Mittwochabend überquert. Sie sei zu einem privaten Besuch angekommen.

Sobtschak teilte auch in den sozialen Medien mit, dass sie eine Freundin besucht.

Sobtschak steht auf der Website „Mirotworez“ (Friedensstifter), auf der Gegner der Ukraine aufgelistet sind. Sie wurde auf der Liste im März 2018 wegen ihres Besuchs auf die Halbinsel Krim im April 2014 gesetzt. Zuvor rechtfertigte Sobtschak die Annexion der Krim, später erklärte sie, dass die Halbinsel der Ukraine gehört.

de.sputniknews.com: **Krim-Krise: Ukraine erzürnt über Twitters „blauen Haken“**

Ein „blauer Haken“, den Twitter dem Account „Russlands Außenministerium auf der Krim“ verliehen hat, hat für Empörung bei der Regierung in Kiew gesorgt. Die Ukraine empfindet das blaue Verifizierungszeichen neben dem Namen des russischen Twitter-Profiles quasi als eine Anerkennung, dass die Krim nun Russland gehöre.

Vor wenigen Tagen hat die ukrainische Botschaft in Großbritannien – übrigens per Tweet – gefordert, Twitter müsse den vom russischen Außenministerium auf der Krim betriebene Account blockieren.

„Es ist absolut inakzeptabel, dem sogenannten 'Russischen Außenministerium' auf der besetzten Krim einen blauen Haken zu geben! Russland hat die Krim illegal annektiert, hat sie militarisiert und begeht schwere Menschenrechtsverletzungen“, erklärte die ukrainische Botschaft in London und reichte offiziell Beschwerde bei Twitter ein.

Den „blauen Haken“ verleiht der Kurzbotschaftendienst auf Antrag jenen Konten, die von "öffentlichem Interesse" sind, wie es in den Twitter-Regularien heißt. Damit weist er aus, dass dieses Profil wirklich für einen Menschen oder eine Institution steht, deren Name auch daneben angegeben ist.

Die Krim hatte sich nach dem Referendum vom März 2014 von der Ukraine losgelöst und war am 18. März auf Wunsch ihrer Bevölkerung in den Staatsverband Russlands aufgenommen worden. Die Ukraine betrachtet die Halbinsel weiterhin als ihr Territorium, das „zeitweise okkupiert“ ist. Russlands Präsident Wladimir Putin zufolge ist das Problem der Krim ein für alle Mal gelöst.

ukrinform.ua: **SBU nimmt aus Russland ausgewiesene Propagandistin fest**

Die aus Russland ausgewiesene ukrainische Journalistin Olena Wischtschur (Boiko) ist festgenommen worden. Sie befindet sich jetzt in Lwiw, teilte ein Sprecher Regionalverwaltung Ost des ukrainischen Grenzschutzdienstes mit.

Russland wies die ehemalige Journalistin aus Lwiw Wischtschur, die in den sozialen Netzen als prorussische Propagandistin „Elena Boiko“ bekannt ist, am Mittwoch aus. Am Grenzübergang „Hoptiwka“, Region Charkiw, wurde sie von Mitarbeitern von SBU festgenommen. Der SBU wirft ihr Landesverrat vor. 2015 floh Wischtschur nach Russland. 2018 ordnete ein russisches Gericht die Ausweisung von Wischtschur an.

lug-info.com: **Erklärung des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik**

Die Streitkräfte der Ukraine verletzen regelmäßig den „Weihnachtswaffenstillstand“ und

beschießen das Territorium der Lugansker Volksrepublik.

Wir hoffen darauf, dass die Kiewer Regierung dennoch umdenkt und ihre Versuche beendet, den Konflikt auf militärischem Weg zu lösen. Ich meine wie zuvor, dass das einzige Mittel, den Konflikt zu beenden, der Minsker Prozess ist. Aber wir müssen im Fall der Notwendigkeit zur Abwehr einer Aggression von Seiten Kiews bereit sein.

Im Zusammenhang damit halten wir die Durchführung von planmäßigen Militärübungen auf unserem Territorium für logisch. Sie werden ausschließlich Verteidigungscharakter haben.
Das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik Leonid Pasetschnik

de.sputniknews.com: **Heiko Maas: „Es wird keiner verhindern“**

Auch durch US-Sanktionen kann laut dem deutschen Außenminister Heiko Maas die Pipeline Nord Stream 2 nicht mehr gestoppt werden.

„Es wird keiner verhindern“, sagte Maas am Donnerstag gegenüber der Agentur dpa.

Wie Maas betonte, könnten US-Strafmaßnahmen zwar zum Ausstieg deutscher Unternehmen führen.

"Sie werden aber nicht dazu führen, dass das Projekt nicht gemacht wird."

Russland würde es dann alleine umsetzen, und man hätte keinen Einfluss mehr auf eine Fortsetzung des Gastransits durch die Ukraine.

Nach einem Bericht der „Bild am Sonntag“ hatte US-Botschafter Richard Grenell in Berlin zuvor deutsche Unternehmen vor einem Engagement beim Pipeline-Projekt Nord Stream 2 und anschließend vor US-Sanktionen gewarnt, sollten sich die Firmen weiter an dem Projekt beteiligen...

vormittags:

ukrinform.ua: **„Grüne Woche“: 55 Unternehmen aus Ukraine präsentieren ihre Produktion**

Die Ukraine ist zum ersten Mal seit fünf Jahren wieder mit einem Länderpavillon bei der Internationalen Grünen Woche in Berlin vertreten.

Ihre Produktion zeigen in Berlin 55 Unternehmen aus der Ukraine. Insgesamt nehmen an der diesjährigen Agrarmesse 1750 Aussteller aus 61 Ländern teil. Das ist eine Rekordbeteiligung.

Die Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner eröffnete am Donnerstagabend die Grüne Woche. Landwirtschaft sei "Grundlage für politische Stabilität und Sicherheit", sagte sie.

Die Messe für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau findet bis zum 27. Januar statt.

wpered.su: **Kommunisten des Petrowskij-Bezirks übergaben Neujahrsgeschenke an eine Schule**

Am 17. Januar besuchten Kommunisten des Petrowskij-Bezirks von Donezk die Schule Nr. 101. Sie führten für die Schüler der unteren Klassen eine Unterrichtsstunde zum Thema Mut durch und überreichten ihnen süße Geschenke, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/01/IMG_20190117_203231-1024x768.jpg

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Donezkij** und **Shelobok**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: **Saudi-Arabien will Milliarden in Russland investieren**

Saudi-Arabien plant laut seinem Energieminister Khalid al-Falih umfangreiche Investitionen in Russland. Milliarden von US-Dollarn sollen aus der Goldmonarchie in die russische Gasindustrie und die Petrochemie fließen.

„Wir haben mit dem Chef des Russischen Fonds für Direktinvestitionen die Erweiterung der Basis für Investitionsprojekte und Investitionen sehr großer Mittel nicht nur in die Gasbranche, sondern auch in die erdölchemische Produktion in Russland besprochen, wo der Boden für eine vielversprechende Perspektive existiert“, sagte Al-Falih dem saudischen TV-Sender Al Ekhbariya.

Laut dem Minister will Saudi-Arabien Milliarden US-Dollar in Russlands Wirtschaft investieren, und Russland werde seinerseits ähnlich große Investitionen in die saudische Wirtschaft tätigen.

Russland und Saudi-Arabien sind die zwei größten Ölförderländer der Welt, weshalb sie großen Wert auf eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit legen, die auch internationalen Angelegenheiten umfasst.

Beim jüngsten G20-Gipfel in Buenos Aires Ende November 2018 hatten sich der russische Präsident Wladimir Putin und der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman herzlich begrüßt. Ein Video von dem Handschlag beider Spitzenpolitiker auf Twitter sorgte damals für viel Aufsehen.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 17. Januar 3:00 Uhr bis 18. Januar 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit:

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 10.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse. Es handelt sich ausschließlich um Beschüsse mit Schusswaffen mit einem Kaliber unter 12,7mm; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Donezk (Siedlung des Bergwerks Trudowskaja), Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Shabitschewo, Wasiljewka, Jasinowataja, Krutaja Balka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden durch Bschuss von Seiten der BFU auf das Territorium an der Wasiljewskaja-Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke zwei zivile Fahrzeuge beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 154.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgefeuerten Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 151.

Ab 01:01 Uhr am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

ukrinform.ua: **Ukraine rechnet auf \$200 Mio. für Agrarreformen**

Die Ukraine erhofft, \$200 Millionen im Rahmen des Programms Program-for-Results (PforR) von der Weltbank für die landwirtschaftliche Branche zu erhalten.

Dies wurde auf dem Treffen des kommissarischen Ministers für Agrarpolitik und Ernährung, Maxim Martynjuk, mit Vertretern der Weltbank am Vorabend der Eröffnung der weltweit größten Messe für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau in Berlin betont, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent unter Berufung auf die Teilnehmer der Verhandlungen.

Es gehe um einen Kredit, der direkt an das Finanzministerium bereitgestellt werde. Verteilt werde er nun an die sensibelsten Bereiche der Landwirtschaft: die Agrarverhältnisse, die Ernährungssicherheit, die Forstwirtschaft, heißt es.

Momentan wird die Programmstruktur gestaltet, mit allen Behörden abgestimmt. Bis Februar dieses Jahres, wenn der Direktorenrat der Weltbank stattfindet, wird die endgültige Variante zu sehen sein.

Die erste Vorfinanzierung wird laut Prognosen der Weltbank bereits im Juli dieses Jahres erwartet. Einstweilen werden 20 Prozent des Gesamtfonds des Projektes erörtert. Sie kann allerdings nach der Sitzung des Direktorenrats korrigiert werden.

Das Programm ist vorläufig auf drei Jahre ausgelegt.

Für die Ukraine ist das ein erstes ähnliches Programm im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Weltbank.

de.sputniknews.com: **Serbien bejubelt Putin: 130.000 Menschen begrüßen Kreml-Chef in Belgrad**

Rund 130.000 Menschen haben den russischen Präsidenten Wladimir Putin am Donnerstagabend vor dem Dom des Heiligen Sawa in Belgrad begrüßt. Das erfuhr Sputnik vom serbischen Innenministerium.

Zusammen mit dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić und dem Patriarchen Irenäus

von Serbien hat Putin das landesgrößte orthodoxe Gotteshaus besichtigt und an der Ausschmückung des Interieurs mit Mosaiksteinen teilgenommen. Anschließend hielt er eine kurze Begrüßungsansprache auf Serbisch und Russisch.

Die Kosten für die Mosaik-Dekoration mit Szenen aus dem neuen Testament hatte 2016 das russische Unternehmen Gazprom Neft auf Anregung Putins übernommen. Der russische Außenminister Sergej Lawrow hatte im Februar 2018 der Einweihung der Teilvollendung der Mosaiken beigewohnt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32363/33/323633352.jpg>

Dan-news.info: Heute um 9:10 Uhr wurde ein Beschuss von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine aus Richtung Wodjanoje auf **Leninskoje** festgestellt, teilte die Vertretung der DVR im GZKK mit. Es wurden insgesamt 24 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und sieben des Kalibers 82mm abgefeuert.

de.sputniknews.com: **Russland dementiert: Keine Raketenabwehr-Technologien an Nordkorea geliefert**

Als erdacht und unbegründet hat Russlands Botschafter in Pjöngjang, Alexander Mazegora, die Erklärungen in einem Pentagon-Bericht über angebliche Einkäufe russischer Raketenabwehr-Technologien durch Nordkorea bezeichnet. Die USA wollten damit ihre destabilisierende Politik bezüglich der internationalen Sicherheit rechtfertigen, sagte er der Presse.

„Mit aller Verantwortung erkläre ich, dass die gegen Russland gerichteten Vorwürfe wegen angeblich bei uns gekaufter Raketen- und Fliegerabwehr-Technologien durch die Nordkoreaner aus der Luft gegriffen und absolut unbegründet sind“, heißt es in der Erklärung des Botschafters.

In Washington wisse man schon nicht mehr, wessen man uns noch beschuldigen könne, deshalb denke man sich eine weitere wilde Geschichte aus.

"Auf eine solch ehrenlose Weise versucht man zugleich, die eigene destabilisierende Politik in der Sphäre der internationalen Sicherheit zu rechtfertigen“, hieß es weiter.

In dem vom Pentagon am Donnerstag veröffentlichten Bericht über die Politik Washingtons im Bereich der Raketenabwehr heißt es unter anderem, Nordkorea habe russische Raketenabwehr-Technologien erworben und entwickle auf deren Grundlage eigene mobile Raketenabwehrmittel.

Ukrinform.ua: **Verhandlungen von Klimkin und Maas: Druck auf Russland im Mittelpunkt**

Der Außenminister der Ukraine Pawlo Klimkin und Bundesaußenminister Heiko Maas werden am 18. Januar Verhandlungen durchführen. Der Bundesaußenminister wird in Kiew zu einem Arbeitsbesuch eintreffen, teilt der Pressedienst des Außenministeriums der Ukraine mit. „Im Mittelpunkt der Gespräche wird die Vertiefung der Wechselwirkung der Ukraine und der Bundesrepublik Deutschland zwecks des Widerstandes gegen die russische Aggression, insbesondere zusammen mit Frankreich im Rahmen des Normandie-Formats, stehen“. Es handelt sich darunter um die Verstärkung des Drucks auf Russland, "um die Schifffahrt im Asowschen und dem Schwarzen Meer zu deblockieren", und um die weiteren Bemühungen hinsichtlich der Freilassung ukrainischer Bürger aus der russischen Haft, heißt es in der Mitteilung.

Klimkin und Maas werden auch die Fragen der bilateralen Zusammenarbeit vor dem Hintergrund der Erhöhung der wirtschaftlichen und Investitionskooperation zwischen beiden Ländern sowie die Problematik zu der Energiesicherheit in Europa erörtern.

Dan-news.info: **Erklärung der Oberhaupt der DVR über Verletzungen des „Weihnachts“waffenstillstands durch die Ukraine**

Der im Vorfeld des neuen Jahres von der Kontaktgruppe ausgerufene nachhaltige und allumfassende „Weihnachts“waffenstillstand sowie die Aussagen der ukrainischen Seite über eine vollständige Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung haben die bewaffneten Formationen der Ukraine nicht daran gehindert, den Beschuss des Territoriums der Donezker Volksrepublik von den ersten Stunden nach Inkrafttreten des Regimes an fortzusetzen. In den 20 Tagen des Waffenstillstands hat die Ukraine mehr als 100-mal das Feuer auf die Republik eröffnet, 17-mal davon unter Verwendung schwerer Waffen. Drei Zivilisten wurden infolge provokativen Beschusses unterschiedlich schwer verletzt.

Die Fälle von Verletzungen des geltenden Waffenstillstands durch die ukrainischen bewaffneten Formationen sowie die provokativen Falschmeldungen rufen besondere Besorgnis hervor.

Wenn man den Charakter der Aktivitäten der Ukraine berücksichtigt, so meine ich, dass planmäßige Übungen der Volksmiliz der DVR, die ausschließlich Verteidigungscharakter tragen, ein Unterpfand für die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Republik sind und die Motivation unserer Soldaten heben werden.

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Türkei tritt gegen Kontrolle von Damaskus über Manbidsch auf**
Ankara spricht sich laut dem Sprecher des türkischen Außenministeriums Hami Aksoy gegen die Präsenz der syrischen Regierungstruppen in Manbidsch aus.

„Unter keiner Bedingung darf man Provokationen seitens des syrischen Regimes in Manbidsch sowie die Versuche der Mitglieder der kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG fördern, den Kräften des Regimes die Tür zu öffnen. Die Säuberung von Manbidsch von den YPG ist für uns eine Frage der nationalen Sicherheit“, sagte der Sprecher.

Ihm zufolge hat der jüngste Terroranschlag in Manbidsch die Notwendigkeit gezeigt, die

Region von Kämpfern zu säubern sowie die sogenannte Roadmap für Manbidsch in die Tat umzusetzen.

Zuvor hatte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan mitgeteilt, dass der Terroranschlag am Mittwoch in Manbidsch 20 Menschen, darunter auch vier US-Soldaten, das Leben gekostet habe.

Am Mittwoch hatte eine heftige Explosion Manbidsch erschüttert. Die Explosion ereignete sich Medienberichten zufolge nahe einer Patrouille der US-geführten internationalen Koalition. Der IS bekannte sich zu dem Terroranschlag.

Ende Dezember hatten die kurdischen Selbstverteidigungskräfte nach einer Vereinbarung mit der syrischen Regierung den Bezirk Manbidsch in der Provinz Aleppo im Norden Syriens verlassen und die Kontrolle über das Gebiet der syrischen Armee übergeben.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32363/54/323635402.jpg>

Dan-news.info: Eine feierliche Kundgebung aus Anlass des 365. Jahrestages des Rats von Perejaslaw (Tag der Wiedervereinigung der Rus) fand heute in der Hauptstadt der Krim am Denkmal für Bogdan Chmelniczkiy statt.

Bei der Kundgebung waren das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin, der Vorsitzende des Volkssowjets Wladimir Bidjowka, der Vorsitzende des Staatsrats der Krim Wladimir Konstantinow, der Abgeordnete der Staatsduma der RF Andrej Kosenko, der Außenminister der LVR Wladislaw Dejnego sowie weitere Vertreter der Republiken des Donbass und gesellschaftliche Aktivisten anwesend.

„Es sind bereits 365 Jahre vergangen, es gab viele Ereignisse und Taten. Sehen Sie heute auf die Ukraine und was dort geschieht: westliche Kuratoren vernebeln mit falschen Losungen ihre Köpfe. Wir müssen für unsere ukrainischen Brüder beten. Wir werden uns auf jeden Fall wiedervereinigen, es ist nur eine Frage der Zeit“, sagte Konstantinow.

Puschilin nannte in seinem Beitrag die besondere Bedeutung der Zeit des Rates von Perejaslaw für die heutige Welt. Er äußerte auch die Solidarität des Volkes des Donbass mit der Krim beim Prozess der Wiedervereinigung mit Russland.

„Die Bedeutung dieses Ereignisses ist über die Jahrhunderte nicht nur nicht verblasst, sondern im Gegenteil, heute hat die historische Entscheidung eine neue Aktualität bekommen. Ich freue mich sehr, mich in dem Gebiet zu befinden, wo 2014 der Prozess der Vereinigung der Rus wieder begann. Wenn das russische Volk beginnt sich zu vereinen, gibt es auf der Welt nichts Stärkeres. Gemeinsam werden wir mit Ehre und Mut alle Prüfungen überstehen“, sagte das Oberhaupt der DVR.

Die feierliche Veranstaltung endete mit der Annahme einer Resolution, in der die Teilnehmer ihre Unterstützung für die Republiken des Donbass zum Ausdruck brachten.

In der Resolution ist unter anderem von der Unterstützung des Kurses auf eine Unabhängigkeit der DVR und LVR und des Kampfes der Volksrepubliken gegen das nationalistische Regime in der Ukraine die Rede. Außerdem wird an die Versuche Kiews erinnert, eine neue Phase des Konflikts in der Region zu entfachen.

„Wir unterstützen und anerkennen das Recht auf Selbstbestimmung der Donezker und der Lugansker Volksrepublik und werden weiter Unterstützung zur Entwicklung dieser jungen Staaten leisten“, heißt es in der Resolution.

Der Rat von Perejaslaw war eine Versammlung von Vertretern der Kosakenschaft von Saporoshe unter Leitung des Hetmans Bogdan Chmelizkij, bei der am 18. Januar 1654 der historische Beschluss über eine Vereinigung der Saporosher Truppen mit dem Russischen Zarenreich gefasst wurde.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/01/dan-news.info-2019-01-18_10-38-41_774797--22-1024x681.jpg

de.sputniknews.com: **„Mascha und der Bär“ schafft es ins Guinness-Buch der Rekorde**

Die Folge „Mascha plus Kascha“ (zu dt. – Mascha und der Brei) aus dem Zeichentrickfilm „Mascha und der Bär“ ist laut dem Unternehmen „Animakkord“ in das Guinness-Buch der Weltrekorde aufgenommen worden - als eines der am meisten angeschauten Videos auf YouTube.

„Die Episode ‚Mascha plus Kascha‘ ist in das Guinness-Buch der Weltrekorde aufgenommen und einer der am häufigsten angeklickten Zeichentrickfilme bzw. Animationsvideos auf YouTube geworden. Heute hat diese Episode global bereits mehr als 3,3 Milliarden Likes gesammelt“, zitieren Medien die Mitteilung des Unternehmens.

Nach Angaben des „Animakkords“ ist die Episode das einzige Animationsvideo in der Welt geworden, das es auf die Top-5-Liste der am meisten angeschauten Contents auf YouTube während dessen Existenz geschafft hat.

Die Zeichentrickfilmserie „Mascha und der Bär“ läuft seit dem Jahr 2009. Heute ist sie in 36 Sprachen in mehr als 100 Ländern der Welt übersetzt worden.

Im November hatte die britische Zeitung „The Times“ einen Artikel veröffentlicht, in dem westliche Kritiker zum Thema der „Kreml-Propaganda“ räsionieren, die angeblich in dem russischen Zeichentrickfilm präsent sein soll.

Die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, bemerkte

diesbezüglich, dass man sich, wenn Mascha aus dem russischen Zeichentrickfilm das moderne Russland symbolisieren soll, auch darüber Gedanken machen müsse, was Tom aus dem US-amerikanischen Zeichentrickfilm „Tom and Jerry“ symbolisiere. Der Co-Produzent des Zeichentrickfilms, Dmitri Loweiko, hatte mitgeteilt, dass sich die britischen User dem Zeichentrickfilm „Mascha und der Bär“ zur Seite gestellt hätten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31515/12/315151264.png>

Dan-news.info: Heute wurde ein Abkommen über eine zwischenparlamentarische Zusammenarbeit zwischen dem Staatsrat der Krim und dem Volkssowjet der DVR unterzeichnet. Das Abkommen wurde von den jeweiligen Parlamentssprechern Wladimir Konstantinow und Wladimir Bidjowka unterzeichnet.

Ein analoges Abkommen wurde zwischen dem Parlament der Krim und dem Volkssowjet der LVR unterzeichnet. An der Zeremonie nahm der Vorsitzende des Volkssowjets der LVR Denis Miroschnitschenko teil.

Außerdem unterzeichneten Makejewka in der DVR und die Stadt Kertsch auf der Krim einen Partnerschaftsvertrag.

Dnr-online.ru: „Hier wird nur unser Sieg ein sicheres Unterpfand für Frieden auf lange Zeit sein. Leider haben wir sehr lange darauf gewartet, dass die Regierung der Ukraine zur Vernunft kommt. Aber darauf kann man nicht warten, wenn man auf die sich verschärfende Situation nicht nur gegenüber den Einwohnern der DVR und der LVR sieht, sondern auch gegenüber dem Volk der Ukraine. Bisher sehen wir nur einen Niedergang. In der Ukraine wird ein Wechsel der Regierung benötigt. Die jetzige Regierung ist nicht in der Lage, die Ukraine zum Frieden zu führen“, sagte der Oberhaupt der DVR Denis Puschilin auf Fragen von Journalisten.

de.sputniknews.com: **Lawrow zu Experten-Einsatz im Kertsch-Konflikt: Moskau akzeptiert Merkels Vorschlag**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat dem Vorschlag der deutschen Kanzlerin Angela Merkel, deutsche und französische Experten in den Raum von Kertsch zur Schifffahrtskontrolle zu entsenden, zugestimmt. Dies sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow auf einer Pressekonferenz mit seinem deutschen Amtskollegen Haiko Maas. Lawrow merkte dabei an, dass ein Experten-Besuch bis jetzt ausgeblieben sei. „Seitdem ist mehr als ein Monat vergangen, aber wir haben bisher keinen Besuch gehabt.“

Laut Lawrow hat der deutsche Außenminister ihm heute einen weiteren Vorschlag unterbreitet, der die geplante Experten-Reise „in ein Dokument einpackt, das nun mit der

Ukraine abgestimmt werden soll“.

„Wir sagten ehrlich: Wenn unsere Kollegen daran interessiert sind, was Präsident Putin Kanzlerin Merkel versprochen hat, kann dies heute und morgen und jederzeit getan werden. Wenn diese Idee aber auf die Notwendigkeit hinausläuft, all das in irgendeine politische Prozedur zu verwandeln, bei der auch die ukrainische Seite gewisse Entscheidungen treffen könnte, laufen wir Risiko, in die gleiche Situation zu geraten wie beim Normandie-Format“, so Lawrow.

Zuvor hatte sich Maas zum Konflikt im Asowschen Meer geäußert: „Wir wollen keinen neuen Konfliktherd haben. Eine Krise, wie wir sie im November hatten, darf sich nicht wiederholen. Bei der Frage der festgenommenen ukrainischen Soldaten sind wir weiter der Meinung, dass sie freigelassen werden sollten.“

Drei Schiffe der ukrainischen Marine hatten am 25. November 2018 Russlands Staatsgrenze überquert und dadurch gegen das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen verstoßen. Die Schiffe fuhren in das zeitweilig geschlossene Gebiet der russischen Hoheitsgewässer ein, führten dort stundenlang gefährliche Manöver aus und widersetzten sich allen Forderungen der russischen Küstenwache.

Um die ukrainischen Schiffe aufzuhalten, musste der russische Grenzschutz Waffen einsetzen. Schließlich wurden die drei Boote 50 Kilometer südwestlich der Krim-Brücke festgesetzt, wo Schiffe die Straße von Kertsch üblicherweise passieren. Laut einer Mitteilung des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB wurden dabei drei ukrainische Matrosen leicht verletzt. Diese seien jedoch medizinisch behandelt worden und ihr Leben sei außer Gefahr, hieß es. Gegen die Festgenommenen wurde ein Strafverfahren wegen Grenzverletzung eingeleitet.

Dan-news.info: „Das Problem des Fehlens von Kinderärzten in Ilowajsk wurde folgendermaßen gelöst – mittwochs und freitags von 8 bis 16 Uhr (bis zum letzten Patienten) führen Kinderärzte aus dem zentralen Stadtkrankenhaus von Charzysk Sprechstunden durch. An den übrigen Tagen werden Spezialisten von den Dozenten der Donezker medizinischen Gorkij-Nationaluniversität Sprechstunden abhalten“, teilte das Gesundheitsministerium der DVR mit.

Die Sprechstunden werden in einem Krankenhaus in Ilowajsk stattfinden.

Das Problem war am 27. Dezember beim „direkten Draht“ mit dem Oberhaupt der DVR zur Sprache gekommen.

Das Ministerium teilte weiter mit, dass es derzeit bei den Leitern der Stadt- und Bezirksverwaltungen Informationen über mögliche Wohnungen für junge Spezialisten aus dem medizinischen Bereich sammelt.

Ukrinform.ua: Gas innerhalb von zwei Jahren um 89 Prozent teurer geworden

Die Erhöhung der Stromgebühren sei auf die Verteuerung von Kohle um 13,3 und des Erdgases um 89 Prozent zurückzuführen. Faktoren, die die Stromgebühren beeinflussten, seien auch die Inflation und die Lohnerhöhung in der Energiebranche.

Dies betonte Minister für Energiewesen und Kohleindustrie Igor Nassalik bei der Regierungsstunde im Parlament.

„Der Kohlepreis ist seit 2016 bis 2018-2019 praktisch um 13,3% gestiegen und beträgt knapp 2.800 Griwna für eine Tonne. Eine ähnliche Situation ist mit Erdgas, dessen Preis im gleichen Zeitraum um 89 Prozent gestiegen ist“, sagte Nassalyk.

Für wichtige Faktoren, die das Wachstum der Energiegebühren beeinflussen, hält der Minister die Inflation und den Lohn.

„Der Lohn in der Energiebranche ist um 94 Prozent gestiegen“, betonte Nassalyk.

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 12. bis 18. Januar 2019**

Guten Tag! Ich stellen Ihnen zusammengefasste Informationen zur Lage in der letzten Woche und in den letzten 24 Stunden vor.

In der letzten Woche fanden bataillonstaktische Übungen der Einheiten der Volksmiliz der Republik statt, bei denen Handlungen zur Abwehr eines Angriffs eines hypothetischen Gegners mit darauf folgendem Übergang zum Gegenangriff bearbeitet wurden. Außerdem wurden Trainings zum Artillerieschießen durchgeführt.

In der nächsten Woche wird die Volksmiliz der DVR aktive und allseitige Unterstützung bei der Durchführung gemeinsamer Übungen der militärischen Einrichtungen der Republik zur Überwindung humanitärer Katastrophen und Notfallsituationen leisten. Dabei wird die grundlegende Aufmerksamkeit Fragen der Organisation der Zusammenarbeit und des gemeinsamen Wiederaufbaus der wichtigsten Objekte der zivilen Infrastruktur und der Lebenserhaltungssysteme gewidmet werden.

In den letzten 24 Stunden wurden zehn Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung festgestellt, es wurden sieben Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kriegsverbrecher der 58. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft von Drapatyj das Gebiet der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 57. Panzergrenadier-, der 28. und 93. mechanisierten Brigade unter Anführerschaft der Kriegsverbrecher Mischantschuk, Martschenko und Klotschkow aus **Jasinowataja, Wasiljewka, Trudowskijs, Krutaja Balka, Shabitschewo** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit Mörsern des Kalibers 82mm, Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt ist die Situation an der Kontaktlinie als stabil angespannt zu bezeichnen. Die ukrainischen bewaffneten Formationen haben die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung vergrößert. Insgesamt wurden **in der letzten Woche 71 Beschießungen auf die Gebiete von 18 Ortschaften der Republik** festgestellt. In **Richtung Mariupol hat der Gegner Panzer eingesetzt**. Außerdem haben die ukrainischen Kämpfer Ortschaften der Republik mit Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Durch Beschuss wurden zwei Häuser in Dokutschajewsk und Shabitschewo beschädigt. Außerdem haben die Kämpfer aus der 93. mechanisierten Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Klotschkow einen zielgerichteten Beschuss mit Mörsern des Kalibers 82mm auf zwei zivile Autos vom Typ „WAS“, die auf einem Platz nicht weit von der Wasiljewskaja-Pumpstation erster Ebene des Jushnodonbasskij-Wasserwerks parkten, durchgeführt. Nur durch glücklichen Zufall wurde keiner der zivilen Einwohner getötet oder verletzt.

Nach der Entlarvung der kriminellen Absichten des Kommandos der Besatzungstruppen, einen Terrorakt unter Verwendung von Giftstoffen durchzuführen, hat die ukrainische Führung zeitweilig die Realisierung ihrer Pläne zurückgestellt, aber nicht vollständig von ihnen Abstand genommen. Die garantierte Resonanz und Reaktion der Weltöffentlichkeit auf die terroristische Einstellung Kiews wie auch auf die Aktivitäten von IS in Syrien gibt den führenden Persönlichkeiten der Ukraine keine Ruhe.

Unsere Aufklärung bemerkt die **Durchführung von vorbereitenden Maßnahmen an Objekten der zivilen Infrastruktur durch ukrainische Spezialdienste zum Zweck der Organisation von Terrorakten** auf dem von Kiew kontrollierten Territorium. Arbeitsgruppen des SBU besuchen unter dem Vorwand der Kontrolle der Sicherheit regelmäßig die Unternehmen, die sich in der Zone der Operation der Besatzungstruppen befinden, sowie umliegende Bereiche, auf denen sich Vorräte an chemischen Stoffen befinden. Das wirkliche Ziel ihres Besuchs ist die Bewertung der Vorräte von sich dort befindenden Chemikalien

sowie der möglichen Folgen technogener Katastrophen nach der Durchführung von Diversionen an diesen Objekten durch ukrainische Spezialdienste.

Wir sind über alle hinterhältigen Pläne, die die verbrecherische Führung der Ukraine hegt, informiert, was es uns erlaubt, daran zu arbeiten, ihnen zuvorzukommen. Wir, wie wir zuvor erklärt haben, hat der Gegner Ende des letzten Jahres Angriffshandlungen vorbereitet. Die aggressiven Pläne der Besatzer wurden zum Scheitern gebracht. Aus diesem Anlass finden im ukrainischen Generalstab und im Stab der Operation der Besatzungskräfte bis heute Untersuchungen statt.

Von einer zuverlässigen hoch angesiedelten Quelle wurde uns bekannt, dass Mitarbeiter des SBU das Personal der Eisenbahnstationen Konstantinowka und Artjomowsk befragen. Der verdeckte Transport von Zügen mit Technik und Personal in die Zone der Kampfhandlungen, die für die Beteiligung an einem Angriff vorgesehen waren, wurde sabotiert, und die Spezialdienste versuchen die Schuldigen zu finden.

In der 93. mechanisierten Brigade wurde die **Ankunft litauischer Freiwilliger** festgestellt, die die bewaffnete Aggression Kiews gegen die Bevölkerung des Donbass in jeglicher Weise unterstützen. Die Litauer haben den Kämpfern der 93. Brigade optische Geräte und Computertechnik gebracht. Der Brigadekommandeur Klotschkow stellte die Aufgabe, die Organisationstechnik dokumentarisch als auf Staatsmittel gekauft darzustellen, um dann die abgeschriebenen Geldmittel in die eigene Tasche zu stecken. Für die von den Freiwilligen erhaltenen optischen Geräte organisierte Klotschkow auch eine zwangsweise Geldsammlung unter seinen Untergebenen.

Der **Diebstahl von Waffen und Munition durch ukrainische Kämpfer** in der Zone der Operation der Besatzungskräfte und deren Verkauf an Freiwillige **hat bedrohliche Ausmaße angenommen**. Die illegalen Geschäfte mit Waffen und Munition beinhalten Dutzende und manchmal mehrere hundert Stück. Geschäftstüchtige Kämpfer bringen nicht nur Waffen von der Front weg, sondern organisieren auch „Einfälle“ in bewachte Lager.

Nach uns vorliegenden Informationen haben Kämpfer der 72. mechanisierten Brigade auf Bestellung eine ganze Operation zum Diebstahl von Waffen aus einem Lager für Raketenartilleriewaffen im Gebiet von Belokusminowka im Bezirk Konstantinowka geplant. Zwischen der Wache des Lagers und den erfolglosen Dieben gab es ein Gefecht. Vermutlich wurde einer der drei Angreifer verletzt.

Der Kommandeur der 72. Brigade Tatus berichtete dem übergeordneten Stab über das Geschehen als einem Angriff einer Diversionsgruppe. Die Angreifer selbst wurden vom Brigadekommandeur rückwirkend als Deserteure erfasst.

Die Soldaten der Volksmiliz leisten weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen und humanitären Organisationen Hilfe für die Einwohner der Republik. In der letzten Woche wurden Geschenkpakete an Kinder in Signalnoje, Mitschurino und junge Sportler des Sportclubs der Armee in Donezk übergeben. Außerdem wurde Kohle an Familien gefallener Soldaten geliefert, die in der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks leben.

de.sputniknews.com: „**Kiews Schirmherren“ und geheime Raketen: Highlights des Treffens Maas-Lawrow**

Treffen im Normandie-Format werden nur in dem Fall Sinn ergeben, wenn die „Schirmherren“ der Ukraine Kiew zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zwingen. Dies sagte Außenminister Sergej Lawrow bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas.

Maas hat sich am Freitag in Moskau für die Aufrechterhaltung des Normandie-Formats für die Regelung der Lage in der Ostukraine ausgesprochen. Er werde auch in Kiew über diese Frage sprechen, betonte der Bundesaußenminister weiter.

Doch sein russischer Kollege äußerte Vorbehalte gegen das Format: Alles hänge von den „Schirmherren“ Kiews ab. Damit meinte Lawrow wohl Washington und Brüssel. Diese

sollten laut Lawrow Kiew dazu zwingen, seine Verpflichtungen zu erfüllen, sonst werde das Normandie-Format reine Zeitverschwendung sein.

Wenn man den ganzen Prozess der Ukraine überlasse, werde man es nicht weit bringen. Kiew werde erneut seine „destruktiven Schritte im Fall eines neuen Normandie-Gipfels“ unternehmen, so der russische Außenminister.

„INF-Vertrag reicht heute gar nicht mehr aus“

Maas plädierte in Moskau für die Erweiterung des INF-Vertrags: So wie das Abkommen heute aussehe, reiche es gar nicht mehr aus. Auch andere Länder sollten laut dem deutschen Außenminister miteinbezogen werden. Darunter auch China.

Maas übertrug Russland wieder die Verantwortung für die Rettung des INF-Vertrags. Dafür müsse Moskau die Marschflugkörper vernichten, die nach Ansicht der Nato gegen das Abkommen verstoßen. Zugleich begrüßte der deutsche Außenminister die Gesprächsbereitschaft Moskaus.

Der Vertrag sei auch deshalb von großer Bedeutung, weil sich damit die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland verhindern ließe.

Maas kündigte für März eine Konferenz in Berlin zur Regulierung neuartiger Waffenarten an und lud russische Vertreter dazu ein.

Russland tüfelt nicht an geheimen Raketen

Vor dem Hintergrund des US-Austritts aus dem INF-Vertrag wird Moskau vorgeworfen, es tüfle heimlich an Raketen, die die Regeln des Abkommens verletzen.

Lawrow wies bei der Pressekonferenz diese Anschuldigungen zurück: Russland habe es gar nicht nötig, eine landgestützte Version seiner see- und luftgestützten Kurz- und Mittelstreckenraketen zu bauen.

„Als der Vertrag unterzeichnet wurde, hatten wir sie nicht. Jetzt haben wir sie gebaut – see- und luftgestützte Kurz- und Mittelstreckenraketen, die absolut legitim und legal sind“, sagte der russische Chefdiplomat. „Und wir haben es gar nicht nötig, heimlich eine bodengestützte Version dieser Raketen zu entwickeln. Das wäre sogar einfach nur unvernünftig.“

Die Tests der Rakete 9M729 seien zudem im Rahmen der vom INF-Vertrag erlaubten Reichweite durchgeführt worden, betonte er weiter.

Ukrainische Soldaten freilassen

Maas warnte in Bezug auf den Vorfall in der Straße von Kertsch: „Wir wollen keinen neuen Konfliktherd haben. Eine Krise, wie wir sie im November hatten, darf sich nicht wiederholen.“

Berlin bestehe zudem weiterhin auf der Freilassung der im November festgenommenen ukrainischen Matrosen. Moskau hat seinerseits mehrmals darauf verwiesen, dass die Festnahme der Ukrainer rechtens gewesen sei, da sie die russische Staatsgrenze verletzt hätten.

Lawrow betonte wiederum, dass die Schifffahrt durch die Meerenge von Kertsch nach wie vor frei sei – auch für ukrainische Schiffe.

Darüber hinaus habe Präsident Wladimir Putin dem Vorschlag von Bundeskanzlerin Angela Merkel zugestimmt, deutsche und französische Experten in die Region zu schicken, um die Freiheit der Seefahrt zu kontrollieren.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32363/71/323637131.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der LVR Oberst M. Ju. Filiponenko über die Situation an der Kontaktlinie vom 12. Januar bis zum 18. Januar 2019

Ich informiere über die Lage an der Kontaktlinie sowie über die Tätigkeit der Einheiten der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

In der letzten Woche wurden in den Einheiten der Volksmiliz der LVR Übungen mit Soldaten der Einheiten durchgeführt, zu denen Spezialisten medizinischer und technischer Einheiten hinzugezogen wurden. Ziel der Übungen ist die Erhöhung der Geschlossenheit der Handlungen sowie der praktischen Kenntnisse und Fertigkeiten.

Die ukrainische Seite ignoriert weiter die Minsker Vereinbarungen und beschießt Ortschaften der Republiken.

Insgesamt haben die ukrainischen Truppen **in der letzten Woche 25-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Es wurden mehr als 340 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert. Es wurden 12 Ortschaften der Republik beschossen.

Die verbrecherischen Befehle zur Eröffnung des Feuers auf das Territorium der LVR erteilten die Kriegsverbrecher und Brigadekommandeure – 54. - Majstrenko, 10. Subanitsch, 72. Tatus.

Die Vertreter der OSZE-Mission stellen weiter **verbotene Technik der ukrainischen Streitkräfte an der Kontaktlinie** fest. In der letzten Woche wurden 55 Stück außerhalb der Lagerorte entdeckt:

9 Panzer T-64 und T-72;

6 Mehrfachraketenwerfer „Grad“ 122mm;

10 122mm-Haubitzen „Gwosdika“;

12 122m-Haubitzen D-30;

12 120mm-Mörser;

6 Schützenpanzer. ...

In der letzten Woche hat das Kommando des Stabs der OOS sich in jeder Weise bemüht, die Volksmiliz der LVR im Vorfeld des Besuchs des OSZE-Vorsitzenden Miroslaw Lajčák und der Sitzung der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk zu diskreditieren.

Oft werden friedliche Bürger des Donbass Opfer der Provokationen der ukrainischen Streitkräfte, aber dieses Mal hat das Kommando der OOS fast die letzte Linie überschritten. So wurde die **Volksmiliz der LVR dank der Professionalität der Vertreter der OSZE-**

Mission rechtzeitig über einen in Vorbereitung befindlichen Terrorakt von Seiten der ukrainischen Streitkräfte an Mironowskij-Stausee informiert und veröffentlichte diese Information sofort und brachte die Pläne des Gegners zum Scheitern.

Die Schleusen des Mironowskij-Stausees, die das Kommando der OOS zu sprengen plante, regulieren den Zufluss von Wasser in den Fluss Lugan. Im Falle ihrer Sprengung würde der Wasserzufluss aus dem Mironowskij- und dem mit ihm verbundenen Uglegorsker Stausee dazu führen, dass der Lugan über die Ufer tritt und es zu Hochwasser bis nach Lugansk kommen würde.

Die Lugansker erinnern sich sehr gut daran, wie im Frühjahr 1985 der Mironowskij- und der Uglegorsker Stausee wegen eines starken Hochwassers gezwungen waren, kontrolliert Wasser abzulassen, was zu einem groß angelegten Hochwasser in der Region mit teilweisen Überflutungen von Lugansk, bis zu dem es 80 km sind, führte. Einen ähnlichen Fall gab es 1954.

Die westlichen Schutzherren der Kiewer Regierung unterlassen nach wie vor die Versuche nicht, alle zugänglichen Kräfte und Mittel zur Eskalation des Konflikts im Donbass zu nutzen. So wird nach Informationen unserer Quellen auf Basis des 140. Spezialzentrums in Chmelnizkij und des „Ausbildungszentrums für hochmobile Lufttruppen der ukrainischen Streitkräfte“ in Shitomir **unter Leitung von Instruktoren aus den USA, Großbritannien und Litauen Ausbildung von Diversions- und Erkundungsgruppen** durchgeführt. Im Rahmen der Ausbildung wird der Orientierung vor Ort, dem Überleben und der Taktik in Wald- und Steppengebieten und in Ortschaften besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Unsere Beobachter stellten weiter Fälle von **Verminung von Territorien an der Kontaktlinie durch ukrainische Truppen** fest. So wurde die Verminung eines Bereichs im Gebiet von Swetlodarsk in der Nähe von Wohnhäusern durch technische Gruppen bemerkt. Im Zusammenhang damit rufen wir die zivilen Einwohner dieses Gebietes auf, äußerst vorsichtig zu sein.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums der Ukraine wurden **allein in den letzten drei Monaten im Donbass 17 Fälle festgestellt, dass Zivilisten auf Minen gerieten**. Die Kommandeure der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte übergeben nach Informationen unserer Quellen bei der Rotation keine Karten von Minenfeldern an die eintreffenden Einheiten, was dazu führt, dass Soldaten der ukrainischen Streitkräfte auf Minen geraten, die von ihren Kameraden gelegt wurden.

Wir stellen weiter ein **Anwachsen der Zahl von Rechtsverletzungen und Verbrechen** fest, die **von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte** auf dem von Kiew kontrollierten Territorium begangen werden fest.

Am 11. Januar ereignete sich auf der Straße Starobelsk-Bachmut im Gebiet von Rubeshnoje durch die Schuld eines Soldaten der 54. mechanisierten Brigade ein Verkehrsunfall. Während der Ermittlungen wurde festgestellt, dass der Soldat Prochorenko eigenmächtig seinen Dienstort verlassen hatte, Alkohol trank und in betrunkenem Zustand ein WAS-2110-Fahrzeug in Popasnaja stahl. Als er durch Rubeshnoje fuhr, fuhr der Soldat in ein leichtes Fahrzeug der Marke Daewoo Lanos. Infolge des Zusammenstoßes erlitt der Fahrer des leichten Fahrzeugs eine Gehirnerschütterung und kam ins Krankenhaus. Der Soldat selbst wurde in eine Abteilung der Militärkommandantur abgeführt. Außerdem wurden zwei Jugendliche mit einer Überdosis von Betäubungsmitteln in die Intensivstation des Zentralkrankenhauses von Stschastje eingeliefert. Nach ihren Worten haben sie die Betäubungsmittel am 13. Januar an der Busstation Stschastje von einem Soldaten der 59. Panzergrenadierbrigade, dessen Identität noch ermittelt wird, gekauft.

Soldaten der ukrainischen Streitkräfte ziehen weiter Gelder bei Bürgern ein, die den Kontroll- und Passierpunkt „Staniza Luganskaja“ passieren. Nach den Worten einer 56 Jahre alten Einwohnerin von Lugansk kam zu ihr in der Warteschlange ein Soldat und schlug ihr vor, für 500 Griwna schnell über den Passierpunkt zu kommen. Die Frau lehnte ab und daraufhin

wurde sie festgenommen und des Schmuggels und der „Unterstützung für Separatisten“ beschuldigt. Nach Drohungen wurde die Rentnerin mit Drohungen der Vergeltung bei einem weiteren Versuch der Überschreitung der Grenzlinie freigelassen.

Die Einheiten der Volksmiliz der LVR reagieren nicht auf Provokationen des Gegners, halten das „Regime der Ruhe“ und die Minsker Vereinbarungen ein, aber im Fall einer Verschärfung der Lage behält sich die Volksmiliz der LVR das Recht vor, entschieden im Interesse des Schutzes seiner Bürger zu handeln.

de.sputniknews.com: **US-Koalition soll weitere 20 Zivilisten in Ost-Syrien getötet haben**

Mindestens 20 Zivilisten sind nach Angaben des syrischen Staatsfernsehens bei einem erneuten Luftangriff der US-geführten Koalition im Osten Syriens getötet worden. Mehrere weitere Menschen, darunter Kinder, sollen Verletzungen erlitten haben.

Die Ortschaft Bagus-Tahtani in der östlichen Provinz Deir ez-Zor sei am Freitag angegriffen worden, berichtet der TV-Sender Ikhbariya unter Berufung auf eigene Informanten vor Ort. „Rund 20 Zivilisten kamen dabei ums Leben, mehrere weitere erlitten Verletzungen. Unter ihnen sind Frauen und Kinder“, hieß es.

Syrische Medien berichteten in den vergangenen Monaten mehrfach über zivile Opfer durch Luftangriffe der US-geführten Militärkoalition, die seit 2014 ohne UN-Mandat und ohne Zustimmung der Regierung in Damaskus Syrien bombardiert.

Ende vergangenen Jahres gestand die Koalition ein, von August 2014 bis November 2018 mindestens 1139 Zivilisten in Syrien und im Irak unabsichtlich durch Luftangriffe getötet zu haben.

de.sputniknews.com: **Russlands Armee im Ausland: Militärstützpunkte und Friedensmissionen**

Die russischen Streitkräfte verfügen momentan über 9 Stütz- und Versorgungspunkte weltweit. Darüber hinaus sind die Soldaten und Offiziere des Verteidigungsministeriums Russlands im Rahmen der unterschiedlichen Friedensmissionen in acht weiteren Staaten präsent.

Sputnik hat auf der Basis offizieller Angaben eine Infografik zur Präsenz des russischen Militärs im Ausland zusammengestellt.

Russlands Armee im Ausland: Militärstützpunkte und Friedensmissionen

17

Zahl der Länder, wo das russische Kontingent präsent ist

9

Zahl der Länder, wo es Militärstützpunkte gibt

43 MILLIARDEN US-DOLLAR
Russlands Militäretat beträgt

Dislozierungskarte des russischen Kontingents im Ausland



Militärstützpunkte

- 1 Syrien
- 2 Abchasien
- 3 Armenien
- 4 Weißrussland
- 5 Kasachstan
- 6 Moldawien
- 7 Tadschikistan
- 8 Südossetien

Versorgungspunkte

- 9 Syrien*
- 10 Vietnam**

Russlands Friedensstruppen

- 11 Südsudan
- 12 Libanon
- 13 Kongo
- 14 Liberia
- 15 Elfenbeinküste
- 16 Haiti
- 17 Marokko
- 18 Zypern

Ehemalige Militärstützpunkte

- 19 Aserbaidschan
- 20 Vietnam
- 21 Iran
- 22 Deutschland
- 23 Georgien
- 24 Mongolei
- 25 Polen
- 26 Kuba

*Die Stadt Tartus, Versorgungspunkt Nr. 720 der russischen Kriegsmarine

**Die Stadt Cam Ranh, Basis für Wartung von U-Booten und für Nachtankung der Fliegerkräfte

Quelle: Global Postcode, A&L

<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32363/97/323639785.png>

abends:

de.sputniknews.com: Tragödie im Ural: Russlands Ermittlungskomitee kommentiert IS-„Bekanntnis“

Das russische Ermittlungskomitee hat am Freitag das „Bekanntnis“ des „Islamischen Staates“ zu der jüngsten Explosion in der Ural-Stadt Magnitogorsk kommentiert.

Wie die Sprecherin der Behörde, Swetlana Petrenko, sagte, gelte eine Verbrauchergas-Explosion bei der Ermittlung in dem Vorfall als vorrangig. Dabei nähmen die Ermittlungsorgane alle Versionen in Betracht.

Zudem ruft Petrenko dazu auf, Mitteilungen, wonach sich der „Islamische Staat“ zu der Explosion bekannt habe, nicht zu vertrauen. Es sei bekannt, dass Terrororganisationen sich alle Resonanzereignisse in verschiedenen Ländern zuschreiben.

„Am Unfallort sind keine Sprengstoffspuren entdeckt worden“, betonte die Sprecherin erneut.

Von den Ursachen der Explosion kann man ihr zufolge nur nach Abschluss der Ermittlungshandlungen und einer ausführlichen Analyse aller Beweise sprechen.

Zuvor hatte die Organisation SITE Intelligence Group, die Aktivitäten radikaler Gruppierungen im Internet verfolgt, mitgeteilt, dass der „Islamische Staat“ die Verantwortung für die Explosion in einem Wohnhaus in Magnitogorsk übernommen habe.

Der Teileinsturz des zehngeschossigen Wohnhauses hatte sich in der Nacht zum Silvestertag ereignet. Als Ursache wird eine Explosion von Haushaltsgas vermutet. Die Opferzahl ist inzwischen auf 38 gestiegen. Nach Angaben der regionalen Zivilschutzbehörde sind 22 Leichen, darunter drei Kinder, identifiziert worden.

Auf Anordnung des Gouverneurs des Gebietes Tscheljabinsk, Boris Dubrowski, wird die Gebietsregierung den Familien der Opfer je eine Million Rubel (rund 12.600 Euro) Entschädigung zahlen. An die Schwer- und Leichtverletzten werden jeweils 400.000 und 200.000 Rubel (etwa 5.000 bzw. 2.500 Euro) ausgezahlt. Zur Entschädigung der Vermögensverluste sollen zusätzlich 300.000 bis 500.000 Rubel (3.800 bis 2.500 Euro) je Familie bereitgestellt werden.